W-04-657 Zum Besseren. Neues Wachstum für unser Land.

Antragsteller*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum: 24.10.2026

Änderungsantrag zu W-04

Von Zeile 657 bis 660:

- die Tarifbindungsquote~~[Leerzeichen]~~: durch eine spürbar erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen deutlich zu erhöhen, ~~indem~~ die ~~Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen spürbar erleichtert wird,~~Schlupflöcher im Bundestariftreuegesetz zu schließen und einen armutsfesten Mindestlohn zu gewährleisten. Gute Arbeit muss auch sicher und gesund sein. Deshalb lehnen wir die von der Bundesregierung geplante Ausweitung sachgrundloser Befristungen ebenso ab wie die Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit zugunsten einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit. Verlässliche Arbeitsverhältnisse, planbare Arbeitszeiten und ein wirksamer Arbeits- und Gesundheitsschutz sind unverzichtbar;
  die betriebliche Mitbestimmung durch ein modernes Betriebsverfassungsgesetz zu ~~stärken;~~stärken, Betriebsratsgründungen zu erleichtern und besser vor Behinderung zu schützen sowie die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten auszubauen. Gewerkschaften brauchen ein gesetzlich verankertes digitales Zugangsrecht zu den Beschäftigten. Gerade in Zeiten von Digitalisierung und Transformation müssen Beschäftigte Veränderungen aktiv mitgestalten können. Mitbestimmung schafft Vertrauen, ermöglicht sozial gerechte Veränderungen und ist gelebte Demokratie im Betrieb. Sie stärkt demokratische Erfahrungen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt;

Begründung

Gemeinsam mit GewerkschaftGrün

Gute Arbeit bedeutet mehr als faire Bezahlung. Beschäftigte brauchen sichere Arbeitsverhältnisse, verlässliche Arbeitszeiten und einen wirksamen Schutz ihrer Gesundheit. Tarifverträge sind dafür eine wichtige Grundlage. Deshalb müssen die Allgemeinverbindlicherklärung erleichtert und bestehende Lücken im Bundestariftreuegesetz geschlossen werden. Die Pläne der Bundesregierung, sachgrundlose Befristungen auszuweiten und die tägliche Höchstarbeitszeit durch eine wöchentliche zu ersetzen, gehen dagegen in die falsche Richtung. Sie gefährden die Planungssicherheit der Beschäftigten und schwächen wichtige Schutzstandards.

Genauso wichtig ist eine starke betriebliche Mitbestimmung. Beschäftigte müssen bei Entscheidungen, die ihren Arbeitsalltag und ihre berufliche Zukunft betreffen, mitreden und mitentscheiden können. Gerade in Zeiten großer Veränderungen durch Digitalisierung und Transformation schafft Mitbestimmung Vertrauen und ermöglicht es, Veränderungen gemeinsam und sozial gerecht zu gestalten. Dafür brauchen wir starke Betriebsräte, einen besseren Schutz vor der Behinderung von Betriebsratsgründungen und ein gesetzlich gesichertes digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften.

Mitbestimmung ist aber auch eine Frage der Demokratie. Wer im Betrieb erlebt, dass die eigene Stimme zählt, unterschiedliche Interessen ausgehandelt und gemeinsame Lösungen gefunden werden, erfährt Demokratie ganz konkret. Diese Erfahrungen können demokratisches Bewusstsein und

gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Deshalb gehört eine starke Mitbestimmung ins Zentrum einer Politik für gute Arbeit.